Im Oktober 2026: Kubas Blockade und Brasiliens Wahl

von Alexander Charlamenko

(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba“, Moskau, 3. November 2026)

Zwei bedeutsame Ereignisse prägten die letzte Oktoberwoche. Beide betreffen unmittelbar Lateinamerika, weisen jedoch ihrer Bedeutung nach weit über dessen Grenzen hinaus.
Die Rede ist von der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in Brasilien am 25. Oktober und von der Abstimmung über die Aufhebung der Blockade gegen Kuba in der UNO am 28. Oktober.

Der von Kuba eingebrachte Resolutionsentwurf zur Notwendigkeit der Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade wurde in der UNO-Generalversammlung bereits zum 34. Mal diskutiert und zur Abstimmung gestellt. Resolutionen der Generalversammlung sind zwar nicht bindend, dienen jedoch als Barometer für die Stimmung der Weltgemeinschaft. Gegen die Aufhebung der Blockade stimmten ein Jahrhundertdrittel lang lediglich die USA zusammen mit Israel und einer Handvoll von ihnen abhängiger Regime. Nun, da die Blockade inzwischen dazu führt, dass ein ganzes Volk regelrecht erdrosselt wird, und da inzwischen die gesamte Weltgemeinschaft offen wirtschaftlich und militärisch erpresst wird, wendeten sich auch noch die Abstimmungsergebnisse zum Schlechten. 17 Länder sprachen sich gegen die Aufhebung der Blockade aus, 25 enthielten sich, 21 blieben der Abstimmung fern.
Zunächst sahen nicht wenige Freunde Kubas in diesem Ergebnis einen Misserfolg, ja fast schon eine Niederlage. Die Kubaner selbst und lateinamerikanische Solidaritätsbewegungen schätzen das etwas anders ein und begrüßen das wichtigste Ergebnis vom 28. Oktober als eigenen Sieg: 130 Länder, also die absolute Mehrheit der Weltgemeinschaft, forderten die Aufhebung der Blockade gegen Kuba. Darunter sind fast alle Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und der BRICS, die meisten Länder Asiens und Afrikas und sogar viele Verbündete der USA, wie Großbritannien, Frankreich, Spanien, Belgien, Dänemark, Finnland, Kanada, Australien und Japan.
Gegen die kubanische Resolution stimmten proamerikanische bzw. pro-NATO-Regime wie die Ukraine, Argentinien, Kolumbien und Ecuador. Stimmenthaltungen kamen vor allem von Verbündeten und Satellitenstaaten der USA, schwache und abhängige Länder nahmen nicht an der Abstimmung teil. Sie alle sind seit langem in das System der Blockade gegen Kuba eingebunden. Überraschend ist weniger, dass sie sich dem beispiellosen Druck Washingtons beugten als vielmehr, dass sie sich zuvor anders verhalten hatten – so groß war die moralische und politische Autorität Kubas. Nun aber gibt es wohl immer weniger Heuchelei und immer mehr Klarheit, und das kann durchaus zur Aufklärung zivilgesellschaftlichen Bewusstseins beitragen. Auf Straßen und in Parlamenten vieler Länder finden Proteste gegen die schändliche Position ihrer rechter Regierungen statt. Wir haben allen Grund, gerade angesichts der gegenwärtigen Umstände unseren kubanischen und ausländischen Genossen zu diesem beachtlichen Erfolg zu gratulieren und die gerechte Sache fortzusetzen, ohne den Mut zu verlieren.

Denselben Trend zur Aufklärung der realen Verhältnisse wiesen auch die allgemeinen Wahlen in Brasilien auf. Sie waren geprägt von einer beispiellosen Polarisierung der Kräfte.
Auf dem einen Pol standen die regierende Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Brasiliens und andere linke Organisationen, die Gewerkschaften, die Bewegung der Landlosen, die antifaschistische Intelligenz und der patriotische Teil der Bourgeoisie.
Auf dem anderen Pol stand der ultrarechte Block unter Führung der sogenannten Liberalen Partei, der die Interessen der eng mit den USA verflochtenen Oligarchie vertritt. Die

Ultrarechten sehnten sich nach Revanche für ihre Niederlage im Jahr 2022 und für das Scheitern ihres Putschversuchs Anfang 2023, für den der ehemalige Präsident Jair Bolsonaro und seine Komplizen gesetzeskonform verurteilt wurden.
Die Polarisierung war keineswegs nur nationaler Art, sie nahm auch internationale Dimension an. Auf die Ultrarechten unter Führung von Flávio Bolsonaro, dem ältesten Sohn des Ex-Präsidenten, setzten die faschistischen Kreise der weltweiten Reaktion. Die US-Regierung, die in einer Reihe lateinamerikanischer Länder bereits ihre Günstlinge an die Macht gehievt hatte, mischte sich unverhohlen in die Angelegenheiten Brasiliens ein. In Reaktion auf die Verurteilung des älteren Bolsonaro führte Präsident Trump erhöhte Zölle auf brasilianische Waren ein; er empfing Flávio Bolsonaro im Weißen Haus und bekundete ihm seine Unterstützung. Der transnationale Konzern „Meta“, dem die größten sozialen Netzwerke gehören, diskriminierte Lula und spielte Flávio Bolsonaro in die Hände. Dreist mischte sich der argentinische Präsident Javier Milei in den Wahlkampf ein. In Washington und Buenos Aires hoffte man, den Siegeszug der Ultrarechten in Südamerika zu vollenden, alle Länder des Kontinents in den Militärblock „Schild der Amerikas“ einzubinden, die BRICS zu zerschlagen, den Einfluss Chinas zu schwächen, die Mitte-Links-Regierungen in Mexiko und Spanien zu untergraben und den Ring um Kuba noch enger zu ziehen.
Der erste Wahlgang am 4. Oktober brachte den Linken keinen Erfolg. Die „Liberalen“ festigten ihre Positionen im Kongress, Flávio Bolsonaro lag nach Zahl der Stimmen vor Lula. Die Ultrarechten sahen sich bereits als Sieger und machten keinen Hehl mehr aus ihren Zielen: vollständige Öffnung der Wirtschaft für transnationales Kapital nach argentinischem Vorbild, militärisch-polizeilicher Terror gegen die Armen, Kürzungen bei Sozialprogrammen, Beitritt zum „Schild Amerikas“. Die unverschämtesten Bolsonaro-Anhänger scheuten sich nicht, die USA dazu aufzurufen, Lula zu entführen wie Maduro, und erlaubten sich sogar einen solchen „Scherz“: „Trump, Nuke Brazil!” („Trump, lass Atomwaffen auf Brasilien los!“).

Dagegen schafften es die Linken, aus ihren Misserfolgen Lehren zu ziehen. Zur Priorität wurde erklärt, Köpfe und Herzen der einfachen Menschen zu gewinnen. In den Großstädten im Süden Brasiliens wie São Paulo, Rio de Janeiro, Belo Horizonte fanden zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder Demonstrationen und Kundgebungen mit einer Million Teilnehmern statt. Wo der Gewerkschaftsaktivist Luiz da Silva vor einem halben Jahrhundert den Kampf aufgenommen hatte, rief nun der ergraute Veteran leidenschaftlich und überzeugend dazu auf, dem Faschismus den Weg zu versperren, die Rechte des Volkes und die Souveränität der Nation zu verteidigen. Früher legten Lula und die PT den Schwerpunkt auf das, was sie früher im Interesse des Volkes bereits erreicht hatten, doch wurde das von der neuen Generation nicht immer goutiert. Nunmehr wurde der Schwerpunkt auf Gegenwart und die Zukunft verlagert. Noch vor der zweiten Wahlrunde brachte Lula im Kongress ein Gesetz zur Verkürzung der Arbeitswoche von 6 auf 5 Tage ohne Lohnverlust durch – ein Gesetz, das so populär war, dass sich nicht einmal Flávio Bolsonaro traute, dagegen zu stimmen.
Ebenso wichtig wurde die Unterstützung durch junge Aktivisten und Meister von Online-Kampagnen, die sich bereits zum Auftakt des Wahlkampfs brillant bewährt hatten. Unmittelbar nach dem ersten Wahlgang lud Lula sie zu einem sachlichen Gespräch ein. Er zeigte den jungen Menschen so viel Respekt und Vermögen, auf ihre Meinung einzugehen, wie es wohl niemandem seit Fidel Castro gelungen war. Ganz Brasilien erfuhr nun von den Namen der beiden jüngsten Abgeordneten der PT. Die erste, Ana Elisa Santos Silva, ist die 21-jährige Tochter einer Grundschullehrerin, die bereits im ersten Wahlgang mit einer halben Million Stimmen, einem Rekord in der Geschichte des Landes, in den Kongress gewählt wurde. Der zweite ist André Janones, Gründer des sozialen Netzwerks „Lulas Armee“, das von einigen Tausend auf 10 Millionen Mitglieder rasant anwuchs. Diese beiden Abgeordneten und ihre

Mitstreiter wendeten maßgeblich die Stimmung unter den Jugendlichen, indem sie Lebensweg und politischen Werdegang jedes einzelnen Präsidentschaftskandidaten in einer für sie verständlichen Sprache erläuterten. Großen Anklang fand bei den jungen Menschen die Losung zum Kampf um digitale Souveränität des Landes: „Meta, misch dich nicht ein!“
Bolsonaro-Anhänger versuchten, die „Lula-Armee“ über das Wahlgericht sperren zu lassen, mussten jedoch einen Rückzieher machen. Das neue System zur Aufdeckung der Lügen und Aufklärung der Wahrheit, das Straßenaktionen mit Internetaktionen verknüpfte, zeigte vielen Brasilianern, dass die gegen die Regierung vorgebrachten Vorwürfe im Vergleich zu den Verbrechen des Bolsonaro-Clans eine Kleinigkeit sind und ihm die Macht auf gar keinen Fall anzuvertrauen ist.
Zur Schlüsselforderung in Lulas Wahlkampf wurde der Schutz der nationalen Souveränität. Brasilien ist ein südamerikanischer Riese, und selbst Washington war bisher gezwungen das zu berücksichtigen. Noch nie hatte daher jemand versucht, dieses große Land so zu erniedrigen wie jetzt Trump, das stieß selbst in konservativen Kreisen auf Widerstand.
Die Waage wankte sogar noch am Wahltag. PT und Gewerkschaften reichten beim Obersten Wahlgericht Beschwerden gegen die Behörden von Bundesstaaten ein, in denen entgegen den gesetzlichen Vorschriften keine Transportmittel bereitgestellt worden waren, um Bürger zu den Wahllokalen zu befördern. Die Meinungen der Richter gingen auseinander, doch unter dem Druck der Straße musste die Wahl um zwei Stunden verlängert werden. Nach Auszählung des Großteils der Stimmzettel zeichnete sich ein klares Bild ab: Lula erhielt 51,76 % der Stimmen, mehr als vor vier Jahren und dreieinhalb Prozentpunkte mehr als sein Konkurrent.

Lulas Sieg, der am 27. Oktober seinen 81. Geburtstag feierte, ist in vielerlei Hinsicht ohne Beispiel. Zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens wurde ein Präsident von seinen Wählern für eine vierte Amtszeit gewählt. Zum ersten Mal gewann ein Kandidat nach einer Niederlage im ersten Wahlgang die Stichwahl. Die Wahlenthaltung und die Zahl der ungültigen Stimmzettel waren so gering wie nie zuvor. Der Faktor Angst hat diesmal keine Rolle gespielt.
Dennoch erkannte Flávio Bolsonaro seine Niederlage nicht an. Sich selbst und sogar seiner Partei widersprechend forderte er, die Wahl für ungültig zu erklären und ernannte sich jzugleich nach dem Vorbild seiner venezolanischen Vorgänger Juan Guaidó und Edmundo González zum „gewählten Präsidenten“. Ein Gerichtsverbot missachtend organisierten die Behörden der USA und Argentiniens die illegale Ausreise von Flávio nach Miami, dem idealen Ort für solche Gestalten. Er traf dort mit dem Flugzeug eines bekannten argentinischen Drogenbosses ein, gegen dessen Drogenhandel das Trump-Team angeblich mit allen Mitteln entschieden vorgeht.

Das brasilianische Volk errang einen wichtigen Sieg. Es versperrte einer kriminellen faschistischen Diktatur den Weg und verteidigte die nationale Souveränität, die demokratische Verfassung und die Möglichkeit zur Durchführung fortschrittlicher Reformen.
Dem Vormarsch des Neofaschismus wurde in ganz Lateinamerika Einhalt geboten. Der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel begrüßte Lulas Sieg und äußerte die Hoffnung auf den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu Brasilien. Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum bezeichnete Lulas Sieg als „Schluck Frischluft“: Zwischen den beiden lateinamerikanischen Giganten, die ihre Souveränität verteidigen, wird es bald Gespräche auf höchster Ebene geben. Die Entscheidung des brasilianischen Volkes wurde von Nicaragua, Uruguay und Venezuela begrüßt. Zu den ersten Gratulanten Lulas gehörten seine BRICS-Kollegen, die Staatsführer von Russland, China, Indien und Iran. Selbst rechtsgerichtete Präsidenten, mit Ausnahme von Trump und Milei, erkannten die Wahl Lulas als vollendete Tatsache an.

Lulas Sieg wurde von gestürzten und von der Reaktion verfolgten Politikern aus Bolivien, wie Evo Morales, aus Peru, wie Pedro Castillo und Ollanta Humala, sowie vom ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Ecuadors, Luis González begrüßt, der vom Noboa-Regime verhaftet worden war. Die unter Hausarrest stehende ehemalige Präsidentin Argentiniens, Cristina Fernández, betonte in ihrer Grußbotschaft, dass dies nicht nur ein Sieg für Lula, sondern auch für die breite Volksbewegung sei. Dank dessen habe das argentinische Volk bessere Chancen auf einen Wahlsieg im Jahr 2027.
Das Beispiel der jungen Brasilianer, die auf Straßen und in sozialen Netzwerken für die Zukunft ihres Landes eintraten, trug dazu bei, dass sich Massenproteste gegen volksfeindliche Maßnahmen rechter Regierungen sowohl in den Nachbarländern Argentinien, Bolivien, Peru, Kolumbien, als auch auf der anderen Seite des Atlantiks ausbreiteten, wie in Frankreich, Italien, Portugal und Spanien. Die spanische Linke grüßt ihre brasilianischen Genossen herzlich und hofft, ihrem Beispiel folgend bei den vorgezogenen Wahlen am 29. November die Ultrarechten zu besiegen. In den USA haben die Zwischenwahlen am 3. November die ohnehin schon guten Chancen der Demokratischen Partei, insbesondere ihres linken Flügels, durch das brasilianische Beispiel weiter gesteigert.
Dennoch sollten es unsere Freunde und wir vermeiden, „vor Erfolg von Schwindel befallen“ zu werden. Lula und seine neue Regierung werden in einem ungünstigen internationalen Umfeld agieren müssen, mit einer rechten Mehrheit im Kongress und in den Landesregierungen. Gesetze zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung durch den Kongress zu bringen, wird nicht leicht werden. Die Erfahrungen in Chile und Venezuela, Argentinien und Kolumbien zeigen, welche Gefahren eine Konfrontation zwischen einem linken Präsidenten und einem rechten Parlament mit sich bringt und welchen Schaden ein flüchtiger, selbsternannter „Führer“ dem Vaterland zufügen kann. Nicht weniger gefährlich ist es, mit gefesselten Händen zu regieren, was den Verlust des mühsam errungenen Respekts und der Autorität zur Folge haben kann. Vorrangig ist es erforderlich, die Welle der Gewalt einzudämmen, die von den Banden der organisierten Kriminalität und ultrarechten bewaffneten Kämpfern ausgeht. Flávio Bolsonaro, der selbst Verbindungen zu diesen Kämpfern unterhält (in Brasilien werden sie „milicias“ genannt), versprach, das Problem der Kriminalität ausschließlich mit repressiven Mitteln und mit Unterstützung der USA zu „lösen“. So wird es in vielen Ländern der westlichen Hemisphäre gehandhabt, was jedoch nur zu neuen Opfern und zur Aushöhlung der nationalen Souveränität führt. Eine linke Regierung hat die Chance, die Kriminalität durch die vereinigten Kräfte staatlicher Strukturen und mit Unterstützung der Zivilgesellschaft zu bekämpfen, ohne zuzulassen, dass der Feind Menschen in Uniform gegen Volksorganisationen in Stellung bringt. Um derart weitreichende Aufgaben unter schwierigsten äußeren und inneren Bedingungen zu bewältigen, muss besonnen, aber entschlossen gehandelt werden. Der Erfolg wird davon abhängen, ob zu bewahren gelingt, was den Wahlsieg einbrachte: die Aktivität und Organisation der Arbeitenden, den Zusammenhalt der fortschrittlichen Kreise der Gesellschaft sowie das Vertrauen und die Unterstützung der jungen Generation, der die Zukunft gehört.

Wir gratulieren dem gewählten Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, von ganzem Herzen zu seinem verdienten Sieg. Wir wünschen ihm und all unseren brasilianischen Freunden aufrichtig, dass sie nicht zulassen, dass feindliche Kräfte im In- und Ausland diesen Sieg zunichte machen oder schmälern.

No pasarán!
Venceremos!